

Bauern fordern Unterstützung der Politik

GELDERLAND (RP) Die wirtschaftliche Entwicklung in den landwirtschaftlichen Betrieben bereitet derzeit die allergrößten Sorgen. „Die Landwirte leiden in nahezu allen Produktbereichen unter den niederschmetternden Preisen“, betont Heinz Lax, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Geldern. Um auf die dramatische Lage aufmerksam zu machen, wollen die Bauern aus der Kreisbauernschaft Geldern gemeinsam mit ihren Berufskollegen aus ganz Deutschland am 7. September zum Sondergipfel der EU-Agrarminister fahren.

Die Landwirte fordern eine Absatzförderung- und Marketingoffensive der EU für Agrargüter und Lebensmittel. Als flankierende nationale Hilfsmaßnahmen sollen Liquiditätshilfen in Form von Bürgerschaftsprogramm des Bundes, Stundung von Steuerschulden und die Einführung der seit langem geforderten Risikoausgleichsrücklage helfen. Zudem könne eine Aufstockung des Bundeszuschusses für die landwirtschaftliche Unfallversicherung zu einer Entlastung der Betriebe beitragen. Ebenso wichtig sei es aber, die Betriebe in dieser Situation nicht mit Bürokratie und zu-

sätzlichen wettbewerbsverzerrenden Auflagen zu belasten.

„Besonders bei den Schweinehalten ist die Situation angespannt, da die Preise bereits seit eineinhalb Jahren nicht kostendeckend sind“, so der Vorsitzende. Auch die Milcherzeuger seien nicht in der Lage mit den aktuell unbefriedigenden Preisen ihre Kosten zu decken. Der Rheinische Landwirtschafts-Verband (RLV) hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Gespräche mit regionalen Unternehmen zur aktuellen Marktsituation geführt. Angesichts der unbefriedigenden Milchpreise standen in der vergangenen Woche einige Gespräche zwischen RLV-Vertretern und Molkereien, wie Hochwald und Friesland Campina, an, sowie mit regionalen Schlachthöfen. „Der Handel darf seine Marktmacht nicht ausnutzen und zusätzlichen Druck auf die Preise ausüben. Alle, die nur auf ‚billig, billig‘ setzen, zerstören langfristig unsere regionalen Strukturen – das gilt für den Lebensmitteleinzelhandel genauso wie für jeden Verbraucher, der an der Ladentheke entscheidet“, warnt der Vorsitzende abschließend.